

2014, Jahr 7 nach der wohl größten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Regierungen der größten Weltwirtschaftsnationen planen oder führen große Ausgaben zur Bankenrettung oder wieder in Schwung Bringung der Wirtschaften durch, sehr zum Wohlwollen vieler ökonomen. Und doch sei angemerkt, dass es eine nicht geringe Anzahl an kommentaren gab und gibt, die diesen Maßnahmen kritisch bis ablehnend gegenüber stehen. Sie tun es aus verschiedenen Gründen, manche aus praktischen, manche aus analytischen und manche aus ideologischen Gründen.

Der Fokus der Debatte geht zurück auf die von Hayek mit begründete, sogenannte „österreichische Schule,“ welche nicht selten das Argument mangelnder Effektivität gegen das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft geschwungen haben. Von ihrem Standpunkt aus, sollten Individuen ihre eigenen Entscheidungen treffen mit minimaler Beeinträchtigung durch den Staat.

Dieser Standpunkt ist derzeit nicht repräsentativ für die vorherrschende Hauptströmungen neomonetaristischer und neokeynsianischer Wirtschafts- und Geldpolitik.

Hauptsächlich handelt es sich dabei um eine These, die mit wenig empirischer Belegbarkeit belastbar ist, allerdings kann diese These helfen die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wo das Eingreifen der Regierungen katastrophal gescheitert ist; jedoch auch ihr Gegenteil: die Beispiele, wo diese Interventionen funktionierten.

Ist das alte, liberale Prinzip „Lasst das Kapital in den Händen der Einzelnen Früchte tragen“ immer noch der richtige Leitsatz, oder ist wirklich der Staat kompetenter zu entscheiden, wo und in welcher Form das verfügbare Kapital am zweckmäßigsten zu verwenden ist? (?, S.23f)

Schaut man sich die Geschichte der Entwicklung der (Finanz-)Märkte seit dem 16. Jahrhundert an, so kann man wieder und wieder ein, ob nun kürzlich oder in Vergangenheit eines beobachten: Umregulierte Märkte boomen und kollabieren schließlich. Die aller ersten Märkte reagierten damals mit erzwungener Standardisierung von Gewichten und Maßeinheiten, eine Regulierung, der sich auch Hayek nicht verschloss.

Ironischerweise plädieren gerade die Vertreter einer Nicht-Regulierungs-Sichtweise im Namen des Allgemeinwohls für die Maximierung der individuellen Freiheit.

(vgl. ?, S.23f): „Jeder Versuch, zwar den laufenden Betrieb vom Wettbewerb bestimmen zu lassen, aber die großen Entscheidungen über die Vorsorge für die Zukunft einer zentralen Planungsbehörde zu übertragen, muss langfristig zu einer vollständigen Planwirtschaft führen.“